



# Stadt, Land, GRÜN

## 20 GRÜNE WEGE

EINE BESSERE LANDESPOLITIK  
FÜR DIE BAYERISCHEN KOMMUNEN

**Die Grünen**  
im Bayerischen  
Landtag



# INHALT

## 20 GRÜNE WEGE

EINER BESSERE LANDESPOLITIK FÜR DIE BAYERISCHEN KOMMUNEN

### VORWORT

**Selbstbestimmung, Freiheit und Vielfalt** 20 Wege zu mehr Lebensqualität und Arbeitsplätzen am Ort

### MEHR KLIMASCHUTZ

- 1 **Energie-Wende** Endlich eine Wende in der Energieversorgung
- 2 **Klimaschützendes Bauen** Bauen und Sanieren für den Klimaschutz

### BESSERE BILDUNG UND BETREUUNG

- 3 **Bildungschancen** Gleiche Bildungschancen für alle
- 4 **Schule im Dorf** Die Schule im Dorf lassen – auch bei demografischem Wandel
- 5 **Schule als Lebensort** Unterricht anders denken
- 6 **Betreuung nach Wahl** Kinderbetreuung – gut und nah
- 7 **Integration durch Bildung** Gut betreute Kinder sind gut integriert

### MEHR MITBESTIMMUNG UND GERECHTIGKEIT

- 8 **Mehr Demokratie** Mehr Demokratie für Bayerns Bürgerinnen und Bürger
- 9 **Kommunal Finanzen** Bayern, seine Kommunen und das Geld
- 10 **Transparente Verwaltung** Auskunftsrechte für Bürgerinnen und Bürger
- 11 **Frauen und Gleichstellung** Frauen schützen; Frauen und Männer gleichstellen
- 12 **Mobilfunk – mehr Transparenz** Weniger Streit um den Mobilfunk
- 13 **Migranten-Mitbestimmung** Integrationsräte – damit alle mitbestimmen können

### MEHR LEBENSQUALITÄT

- 14 **Öffentlicher Nahverkehr** Den öffentliche Personen-Nahverkehr stärken
- 15 **Moderne Regionalentwicklung** Flächendeckende Daseinsvorsorge, Vernetzung, Flächensparen
- 16 **Medizinische Versorgung** Ärzte und Krankenhäuser – für alle verfügbar
- 17 **Lebendige Kultur** Für ein blühendes Kulturleben überall
- 18 **Ökolandbau und Ernährung** Unterstützung für die zukunftsorientierte Agrarwende
- 19 **Gentechnikfreies Bayern** Agro-Gentechnik unerwünscht!
- 20 **Daten- statt Autobahnen** Datennetze für ganz Bayern!

# VORWORT

## Selbstbestimmung, Freiheit und Vielfalt



### 20 WEGE ZU MEHR LEBENSQUALITÄT UND ARBEITSPLÄTZEN AM ORT

Wir Grünen im Bayerischen Landtag wollen mit unserer politischen Arbeit die individuellen Chancen der Menschen mehren, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Dabei spielt das Leben in den Kommunen eine große Rolle. Deshalb zeigen wir in dieser Broschüre 20 Wege zu mehr Lebensqualität und mehr Arbeitsplätzen am Wohnort auf, mit denen die kommunalen Selbstverwaltungen mehr Handlungsmöglichkeiten bekommen und die Menschen ihre Lebensqualität sichern und ausbauen können.

Das Wohlbefinden der Menschen hängt nicht nur von ihren individuellen Lebensverläufen sowie den globalen Entwicklungen ab, sondern ebenso stark auch von ihren konkreten Entfaltungsmöglichkeiten und ihrer sozialen Integration am Lebensort. Da, wo wir wohnen und leben, wollen wir uns daheim fühlen.

Die Handlungsräume, die Bayerns Städte und Dörfer ihren Bewohnerinnen und Bewohnern bieten, prägen Kultur, Identität und Lebenswirklichkeit der Menschen ebenso wie ihre Heimatverbundenheit und ihr Engagement vor Ort.

### BEWAHRUNG UND ERNEUERUNG DER HEIMAT

Um diese Handlungsräume auszuweiten, setzen wir Grünen auf ökologische Innovationen und die wichtigsten Faktoren für Lebensqualität und Chancen der Menschen: auf Investitionen in Bildung, den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Frauenförderung, Kinderfreundlichkeit, Kultur sowie in alles, was die Eigeninitiative der Menschen unterstützt – von der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen bis hin zum bürgerschaftlichen Engagement. Diese Investitionen steigern auch die Chancen wirtschaftlicher Entwicklung und schaffen Arbeitsplätze vor Ort.

Wir Grünen bauen auf die Kreativität und Dynamik der Menschen und auf das schöpferische Potential demokratischer Prozesse: Selbstbestimmung, Mitsprache und Eigenverantwortung. Dazu müssen den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern mehr Mittel und Kompetenzen eingeräumt und die lokale Wirtschaftskraft gestärkt werden. Der Klimaschutz ist ein enormes Mittelstandsförderprogramm nicht nur für Handwerker, Architekten und Bauern. Das gilt besonders für erneuerbare Energien, Maßnahmen zur Energieeinsparung und Gebäudesanierung.

Vor allem aber braucht Bayern eine moderne Bildungsinfrastruktur: Die Schule muss im Dorf und im Stadtviertel bleiben. Bildung sollen Kommunen und Schulen künftig selbst verantworten, mittlere Abschlüsse am Heimatort erreichbar sein. Generell muss gelten: dezentrale Strukturen, Vernetzung und mobile Versorgung statt Verlagerung und Zentralisierung, Datennetze statt Straßenbau.

Wenn wir all das bewahren wollen, was an Bayern liebenswert und schön ist, müssen wir jetzt die Weichen stellen: für Klimaschutz und Chancen für alle, für mehr Lebensqualität und Arbeitsplätze.

Sepp Dürr  
Fraktionsvorsitzender



### ENDLICH EINE WENDE IN DER ENERGIEVERSORGUNG

Wir brauchen eine nachhaltige Energieversorgung, die die Umwelt möglichst wenig belastet und die nur begrenzt vorrätigen Ressourcen schont. Strom, Wärme und Mobilität decken in unserer Gesellschaft Grundbedürfnisse. Die Versorgung mit Energie ist unverzichtbar. Der industrielle Fortschritt der vergangenen 200 Jahre stammt aber vor allem aus der Ausbeutung von fossilen Ressourcen. Wir müssen Atomgefahren eindämmen und den Klimawandel begrenzen.

### WAS IST ZU TUN?

Wir schaffen die Energiewende. Unsere Zukunft beruht auf den drei großen »E« der Energiepolitik: Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien. Leider wird heute die Energiepolitik vor allem von den großen Konzernen bestimmt. Wir wollen das ändern! In den Kommunen haben wir dazu viele Möglichkeiten: dezentral erneuerbare Energien nutzen, in der Bauplanung energetisch optimieren, mit eigenen Stadtwerken die Stromversorgung in unsere Hand nehmen.

Die Kommunen könnten viel gestalten, wenn die Staatsregierung es nur zuließe. So sollten die Kommunen die Einhaltung der Energieeinsparverordnung wirksam kontrollieren können. Auch sollten die Gemeinden etwa in einem Neubaugebiet eine bestimmte Energieform vorschreiben können, beispielsweise, um dort ein Blockheizkraftwerk zur Produktion von Strom und Wärme zu betreiben. Der Ausbau der Windenergie darf nicht behindert werden. Die Staatsregierung soll bei Neubauten die teilweise Nutzung von erneuerbaren Energien zur Pflicht machen.

Wir unterstützen die Bemühungen von Gemeinden und Landkreisen, die sich in den nächsten Jahrzehnten energie-autark machen wollen.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Eine zukunftsfähige Energiepolitik schont nicht nur die Umwelt. Bei absehbar weiter steigenden Preisen ist sie finanziell lukrativ. Sie macht die Versorgung mit Energie sicherer und unabhängiger. Kunden werden unabhängig von großen Konzernen, aber auch das gesamte Land macht sich unabhängig von ausländischen Energieimporten. Nachhaltige Energiepolitik ist vorwiegend dezentral. Sie schafft damit viele regionale Arbeitsplätze, und diese Arbeitsplätze sind nicht beliebig globalisierbar. Viele Milliarden Euro, die heute zur Bezahlung von Energieimporten aufgewendet werden, können dann die Wertschöpfung in der Region steigern, vor allem durch mittelständische Betriebe.

### GRÜNE INITIATIVEN

Antrag: Ausbau der Windenergienutzung in Bayern (6.3.2007, Drs. 15/7644);

Antrag: Stromeinsparung in Bayern (28.3.2007, Drs. 15/7784);

Antrag: Weg vom Öl – Umorientierung bayerischer Energie- und Verkehrspolitik (19.10.2004, Drs. 15/1809);

Antrag: Klimaschutz jetzt umsetzen (8.11.2006, Drs. 15/6691). Und viele weitere.

RUTH PAULIG

### BAUEN UND SANIEREN FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Staat und Kommunen dürfen Steuergelder nicht länger zum Fenster hinaus heizen. Sie müssen für die privaten Bauherren ein Vorbild sein. 40 Prozent der Energie in Bayern werden für Gebäudeheizung und Warmwasserbereitung verbraucht. Im Jahr 2003 wurden 22 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bayern durch Raumheizung verursacht, das ist ein Viertel der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Freistaat. Durch baulichen Wärmeschutz, effiziente Heizungs- und Warmwassersysteme und die Nutzung regenerativer Energien muss dieser Energieverbrauch erheblich reduziert werden.



### WAS IST ZU TUN?

Wir wollen die vorgegebenen Energiestandards im Neubau dem Stand der Technik anpassen. Die Bauordnungsämter sollen bei Bauanträgen Energieverbrauchsnachweise einfordern.

Staat und Kommunen müssen ihre eigenen Gebäude sehr viel schneller sanieren und neue Gebäude energieoptimiert errichten. Zuschüsse bekommen nur solche kommunalen Bauvorhaben und Objekte im sozialen Wohnungsbau, die Passivhaus-Standard erreichen. Mit einem Förderprogramm wollen wir den vorhandenen Wohnungsbestand sowie die vorhandenen Schul- und Verwaltungsgebäude schnell auf den Niedrigstenergiestandard sanieren.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Wenn Sie Ihren Wohnraum sanieren, sollen Sie dafür öffentliche Förderung erhalten. Als Mieterinnen und Mieter sollen Sie Wohnraum vorfinden, der sowohl die Umwelt und das Klima als auch Ihren Geldbeutel schont. Durch kommunalen Klimaschutz entstehen Tausende von Arbeitsplätzen in vielen Bereichen des Technik- und Bauhandwerks.

### GRÜNE INITIATIVEN

Änderung der Bayerischen Bauordnung: Bei Neubau und Heizungssanierung mindestens 25 Prozent der

Energie durch erneuerbare Energiequellen (Drucksache 15/7757, 22.03.2007);

Intensivierung der Energiesanierung öffentlicher und kommunaler Gebäude, Drs. 15/7882, 29.03.2007;

Intensivierung der Bauaufsicht, Drs. 15/3420, 19.05.2005;

Ausrichtung des staatlichen Hochbaus am Klimaschutz: Drs. 15/9205 und 15/8564, 07.11.2007;

Passivhausstandard beim Neubau von Schulen und Kindertagesstätten: Drs. 15/7685, 08.03.2007;

Passivhausstandard im sozialen Wohnungsbau: Drs. 15/7265, 31.01.2007.

CHRISTINE KAMM



### GLEICHE BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE

Kinder brauchen die bestmöglichen Bildungschancen – unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Wohnort. Wie viele andere europäische Länder zeigen, ist dieses Ziel konkret erreichbar. In Bayern wird Bildungsarmut vererbt, wie sonst nirgends in Deutschland. Die letzte PISA-Studie hat erneut festgestellt, dass Kinder reicher Eltern eine 6,7fach höhere Chance haben, das Abitur zu erwerben, als Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen.

Bildungschancen in Bayern sind ungleich verteilt: So treten in den kreisfreien Städten rund 42,2 % der Schülerinnen und Schüler auf ein Gymnasium über, während es in den Landkreisen 10 % weniger sind. Diese Wahrnehmung ist auch bei den Menschen angekommen. Wie eine Studie der Uni Augsburg zeigt, fühlen sich 77 % der Befragten durch ihren Wohnort benachteiligt.

Die größten Verlierer sind Migrantenkinder: 22,1 % verlassen die Schule ohne Abschluss, einen mittleren Abschluss erreichen 22,9 % (deutsche Schulabgänger: 40,5 %) und das Abitur schaffen 6,6 % (deutsche Schulabgänger: 20 %). Bildung kommt die Eltern teuer, aber nicht alle können mithalten. Im achtjährigen Gymnasium brauchen 25 % der Schüler Nachhilfe, die die Eltern 100 bis 600 Euro kostet. Auch das bayerische Büchergeld signalisiert, dass Bildung immer teurer wird.

### WAS IST ZU TUN?

Gute Bildungspolitik ist gute Sozialpolitik. Um Chancengleichheit zu erreichen, wollen wir bereits in den Kinderbetreuungseinrichtungen die Kinder spielerisch fördern. Intensive Sprachförderung muss hier beginnen. Um jedem Kind und seinen Fähigkeiten gerecht zu werden, brauchen wir eine andere Schule, deren Pädagogik individuelle Förderung ermöglicht. Wir wollen eine längere gemeinsame Schulzeit, in der alle unabhängig von ihrer Herkunft unterstützt werden können. Bereits heute können wir durch kleinere Klassen und mehr Lehrkräfte dem einzelnen Kind mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Unsere Kinder bekommen beste Chancen: Ihr Einkommen und Ihre Herkunft entscheiden nicht mehr darüber, wie viel Förderung, Nachhilfe und notwendige Lernmittel Ihre Kinder erhalten, und wie viel Erfolg sie haben werden. In einer längeren gemeinsamen Schulzeit werden alle unabhängig von ihrer Herkunft unterstützt. Mehr Chancengerechtigkeit und die höhere Leistungsfähigkeit unserer Kinder erhöht die Zukunftschancen von uns allen.

### GRÜNE INITIATIVEN

Förderung der Sprachkompetenz von Migrantinnen und Migranten (1.12.2004, Drs. 15/2240);

Richtungswechsel in der bayerischen Bildungspolitik einleiten (20.4.2005, Drs. 15/3209);

Aus Pisa lernen: Gleiche Bildungschancen für alle (9.11.2005, Drs. 15/4228);

Änderungsantrag Haushaltsplan 2007/08 (8.11.2006, Drs. 15/6733);

Gleiche Bildungschancen im ganzen Land – Impulse für den ländlichen Raum (29.3.2007, Drs. 15/7901). SIMONE TOLLE

### DIE SCHULE IM DORF LASSEN – AUCH BEI DEMOGRAFISCHEM WANDEL

Wir wollen den demografischen Wandel mit einem pädagogischen Wandel verknüpfen, bei dem das Kind im Mittelpunkt steht. Mit einer modernen Bildungsinfrastruktur können die Kinder in ihrer Schule am Heimatort lernen. Auf dem Weg zu chancenreicher Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Teilhabe wollen wir alle mitnehmen. Unsere Schule ist nicht nur räumlich nah am Kind. Auch die Lehrkräfte unterstützen die Freude am Lernen im Ort oder Stadtteil durch moderne Pädagogik. So erhält jedes Kind wohnortnah die optimale individuelle Förderung. In neun gemeinsamen Schuljahren wird darüber hinaus die Umgebung einbezogen, die Schule ist Teil der Gemeinde und die Gemeinde Teil der Schule. Das vielgliedrige bayerische Schulsystem ist in der Krise. Die Notwendigkeit einer Reform liegt auf der Hand. Die Hauptschule als Endstation eines negativen Ausleseprozesses wird nicht mehr akzeptiert. Hinzu kommt die demografische Entwicklung: In den nächsten fünf Jahren werden in 20 % der kreisfreien Städte und Landkreise die Schülerzahlen dramatisch zurückgehen. Spätestens nach der Landtagswahl 2008 wird es zu gravierenden Einschnitten kommen. Die Schulen auf dem Land kämpfen um ihr Überleben. Mit immer weniger Schülerinnen und Schülern kann ein vielgliedriges Schulsystem nur erhalten werden, wenn unsere Kinder in große Zentren geschickt werden. Das wollen wir nicht.



### WAS IST ZU TUN?

Durch eine Experimentier- oder Öffnungsklausel sollen Kommunen mit gefährdeten Schulstandorten auf die örtlichen Erfordernisse reagieren können. Dann können Kommune und Schulgemeinschaft gemeinsam

- neunjährige gemeinsame Schulzeit mit unterschiedlichen Abschlüssen (Quali, mittlere Reife, Übertritt in die Oberstufe eines Gymnasiums),
- schulartübergreifenden, gemeinsamen Unterricht bis zur 6. Jahrgangsstufe und
- jahrgangsübergreifenden Unterricht beantragen.

Die Experimentierschulen werden wissenschaftlich begleitet, positive Erfahrungen können auch andere Schulen nutzen. Dazu brauchen wir mehr Geld für kleinere Klassen und für bessere individuelle Förderung.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Mit einem guten Schulangebot am Ort bleiben die sozialen Kontakte erhalten, unzumutbare Belastungen für die Kinder werden vermieden. Alle Kinder erhalten wohnortnah mehr und gerechtere Chancen durch bessere Bildung. Ein qualitativ hochwertiges Schulangebot am Ort wird für die Kommunen ein immer wichtigerer Standortfaktor. Mit der Schule bleibt auch die Zukunft im Dorf.

### GRÜNE INITIATIVEN

- 2006 Antrag zum Zukunftskonzept für den Erhalt von Schulen auf dem Land und zur aktiven Gestaltung des demografischen Wandels;
- 2006 Antrag zum Landesentwicklungsprogramm: Schulversorgung in Bayern sichern!
- 2007 Antrag zur modernen Bildungsinfrastruktur: Öffnung für lokal und regional angepasste Lösungen – Impulse für den ländlichen Raum.



### UNTERRICHT ANDERS DENKEN

Wir wollen eine Schule, in der die Kinder neben reinem Fachwissen entscheidende Schlüsselqualifikationen erwerben. Eine Schule, die die Lust am Lernen fördert, erfordert eine neue Kultur des Lernens und Arbeitens. Das ist das Konzept der gebundenen Ganztagschule. Die Ganztagschule begreift sich als Teil der Gemeinde oder des Stadtteils. Sie kooperiert eng mit dem Umfeld, also etwa Vereinen und Jugendorganisationen, Musik- oder Kunstschulen, Handwerkern, Kreativen, Studierenden, Eltern und Senioren.

### WAS IST ZU TUN?

Um ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen zur Verfügung zu stellen, brauchen wir Geld für mehr Lehrkräfte, aber auch für bauliche Investitionen. Alle Schulen, die ein Konzept vorlegen können, erhalten die hierfür notwendigen Mittel sofort und zu 100 % aus einem Sonderprogramm.

Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern werden stets in die Planungen einbezogen, sie entscheiden mit. Lerngruppen sind heterogen und altersgemischt, der 45-Minuten-Takt wird aufgegeben, damit die Kinder besser und möglichst miteinander und voneinander lernen können.

Es gibt Nischen-, Ruhe- und Rückzugsräume für Frei- und Gruppenarbeit, zur Entspannung, für Spiel und Bewegung. Das gemeinsame Mittagessen ist ein wichtiger pädagogischer Bestandteil, es gehört zur ernährungs- und gesundheitswissenschaftlichen Grundbildung der Schülerinnen und Schüler.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Wenn Sie in der Ganztagschule arbeiten, unterrichten Sie im Team nach neuesten Methoden. Die Schulleitung übernimmt die wichtige Rolle der Leitung und des Motors für die Profilentwicklung der Schule. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Schulpsychologen arbeiten gemeinsam für den besten Lernerfolg. Als Eltern werden Sie einbezogen. Sie können sich zwischen Halbtags- oder Ganztagschule entscheiden. Bei Ganztagsunterricht können Sie die freie Zeit mit Ihrem Kind entspannt genießen, ohne zur Hausaufgabenbetreuung oder Nachhilfe eingespannt zu werden. Über ihre pädagogischen Vorteile hinaus bietet Ihnen die Ganztagschule die Möglichkeit, einer Berufstätigkeit nachzugehen.

### GRÜNE INITIATIVEN DER LETZTEN BEIDEN JAHRE:

Konzept zur flächendeckenden Versorgung mit Ganztagschulen erstellen (24.11.2004, Drs. 15/2110);

Haushaltsplan 2005/2006: Schulsozialarbeit (19.1.2005, Drs. 15/2518);

Haushaltsplan 2005/2006; Zusätzliche Stellen für Schulpsychologen (19.1.2005, Drs. 15/2519);

Haushaltsplan 2005/2006: Lehrerfortbildung intensivieren (19.1.2005, Drs. 15/2527);

Gewaltprävention an Schulen durch aktivierende pädagogische Maßnahmen ausbauen (30.3.2006, Drs. 15/5156).

### KINDERBETREUUNG – GUT UND NAH

Bildung beginnt mit der Geburt, und die Jahre vor der Schulzeit sind dabei besonders wichtig. Hier lassen sich Stärken fördern, und den kleinen und großen Problemen kann man noch am einfachsten, am schnellsten und am dauerhaftesten entgegensteuern. Die Sprachförderung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ist nur ein Beispiel. Die soziale Herkunft ist in Bayern leider noch immer ein entscheidender Faktor für den Erfolg oder Misserfolg im Bildungssystem.

Wir brauchen Kinderkrippen, Kindergärten und Horte, die bedarfs- und flächendeckend allen Eltern eine möglichst freie Wahl der Betreuungszeiten und der Art der Pädagogik für ihre Kinder lassen. Betreuungsmöglichkeiten müssen frei wählbar und in hervorragender Qualität zur Verfügung stehen; es darf keine Wartezeiten und zeitlichen Einschränkungen geben. Besser früh investieren als später reparieren, denn das wäre aufwändiger und teurer und hätte weniger Erfolgchancen.



### WAS IST ZU TUN?

Gerade die Bildung und Betreuung der Kinder unter drei Jahren ist schnell auszubauen. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr muss ohne Einschränkungen verwirklicht werden. Um bis 2013 am Ziel zu sein, muss Bayern die Bundesmittel für den Ausbau der Kinderkrippen in gleicher Höhe aufstocken. Wir wollen die Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten verbessern. Kleinere Gruppen, eine intensiviertere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und günstigere Arbeitsbedingungen, die Zeit lassen für eine ausreichende Vor- und Nachbereitung: Das erfordert eine deutlich höhere Finanzierung durch den Staat.

Das neue Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz muss dringend nachgebessert werden.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Eltern können dann Ausbildung, Arbeit und Kinder gut vereinbaren. Sie sind nicht mehr gezwungen, bereits vor der Geburt Ihrer Kinder einen Krippenplatz zu suchen. Sie können frei entscheiden, wann, wo und wie Ihre Kinder betreut und gebildet werden, ohne dass Ihnen ein ungenügendes Angebot eine bestimmte Lebensgestaltung aufzwingt.

Lebensqualität und Familienfreundlichkeit steigen durch eine gute Kinderbetreuung.

Der Ausbau von Bildung und Betreuung ist eine unabdingbare Investition in die Zukunft. Sie macht sich vielfach bezahlt.

### GRÜNE INITIATIVEN

13.05.2004 Antragspaket (Drucksache 1011 – 1022) Kinder in den Mittelpunkt;

31.03.2005 Gesetzesänderungsantrag (Drucksache 3067) zum Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz;

24.06.2006 Forschungsbericht »Befragung zur Einführung des BayKiBiG: Einschätzungen und Konsequenzen«;

18.04.2007 Studie: »Befragung zur Einführung des BayKiBiG: Einschätzungen und Konsequenzen aus Sicht der Träger«;

27.09.2007 Anhörung im Bayerischen Landtag zu den Auswirkungen des BayKiBiG.

RENATE ACKERMANN



### GUT BETREUTE KINDER SIND GUT INTEGRIERT

Wir brauchen gleiche Chancen für alle Menschen in Bayern. Toleranz und Akzeptanz statt Misstrauen und Abgrenzung müssen die Politik in Bayern bestimmen. Integration muss ein Schlüsselbegriff der Politik in Bayern werden.

In Bayern leben über eine Million Ausländerinnen und Ausländer. Bayern ist seit jeher ein Einwanderungsland, und darin liegt seine große Chance. Integration ist ein andauernder Prozess, der allen Beteiligten Anstrengungen abverlangt, die sich lohnen.

### WAS IST ZU TUN?

Wir wollen Integration aktiv gestalten. Sprachförderung von der Kinderkrippe an, Programme, die auch die bereits hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund erfassen, aufsuchende Hilfen und eine interkulturelle Öffnung von Verwaltung, Gesundheits- und Sozialwesen sind unerlässliche Bestandteile einer funktions- und verantwortungsübergreifenden Integrationspolitik.

Wir brauchen eine institutionalisierte Förderung kommunaler und privater Initiativen. Chancengerechtigkeit in der Bildung entsteht durch individuelle Förderung in Ganztagschulen und bei einer längeren gemeinsamen Schulzeit. Wir fordern den Ausbau der migrationspezifischen Jugendarbeit. Alle Menschen soll die Integration in die Gesellschaft offen stehen, dazu gehört die Teilhabe an der Politik durch die Einführung des aktiven und des passiven Kommunalwahlrechts auch für Angehörige von Nicht-EU-Staaten und die verstärkte Unterstützung und Förderung von Migranten-Vertretungen sowie ihre Einbindung in die kommunalen Entscheidungsstrukturen.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Das Leben in den Städten und Gemeinden wird reicher, bunter, vielfältiger und konfliktärmer. Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund stärken die lokale Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Erfolgreiche Integrationspolitik macht Kommunen attraktiver und verringert soziale Probleme. Der Ausbau der staatlichen Förderung und Unterstützung entlastet die Kommunen erheblich.

### GRÜNE INITIATIVEN

20.10.2004 Interpellation (Drucksache 1893) Abschiebehaft in Bayern;  
 13.1.2005 Eckpunktepapier »Nachhaltige Integrationspolitik«;  
 18.1. – 21.6.2005 Veranstaltungsreihe »Integration in Bayern«;  
 1.7.2005 Interkulturelles Parlament im Landtag;  
 10.11.2005 Sofortprogramm Jugendintegration;  
 08.03.2006 Antragspaket (Drucksache 4930 – 4933) Flüchtling in Bayern;  
 2007 »Lagertour«: Besuch Bayerischer Gemeinschaftsunterkünfte.

### MEHR DEMOKRATIE FÜR BAYERNS BÜRGERINNEN UND BÜRGER

In Bayern wurden 1995 durch einen Volksentscheid mit großer Zustimmung der Bevölkerung Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene eingeführt. 1999 jedoch hat die CSU neue bürokratische Hürden wie das Quorum eingeführt. Das Quorum wird seither insbesondere in Gemeinden und Städten zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern besonders häufig verfehlt. Diese bürokratischen Hürden sind wieder zu beseitigen.

Demokratie braucht Kontrolle. Diese Kontrolle ist dann umso wirkungsvoller und konstruktiver, wenn Regierungsentscheidungen vom Volk selbst auch wirklich in Frage gestellt und korrigiert werden können. Viele Volksbegehren auf Landesebene scheitern jedoch an der Schwierigkeit, innerhalb der kurzen Eintragsfrist bei den Gemeindebehörden ausreichend viele Unterstützerinnen und Unterstützer zu finden, die sich in die Listen eintragen.

Unser Kommunalrecht ist vom Öffentlichkeits- und Transparenzprinzip geprägt, aber in der Praxis oft nicht umgesetzt. Durch die Privatisierung öffentlicher und hoheitlicher Aufgaben wird das – auch zur Vorbeugung von Korruption und Misswirtschaft wichtige – Transparenzprinzip leider immer mehr durchlöchert. Wir begrüßen, dass der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am 8. Mai 2006 ein Bürgerbegehren für zulässig erklärt hat, das neben den nicht öffentlichen auch öffentliche Aufsichtsratssitzungen fordert.



### WAS IST ZU TUN?

Wir wollen Volksbegehren auf Landesebene sowie Bürgerentscheide auf Gemeindeebene von unnötigen bürokratischen Hürden befreien.

Und wir wollen erreichen, dass in kommunalen Unternehmen ein Mindestmass an öffentlicher Transparenz und Kontrollmöglichkeit gewährleistet wird. Nur so können die Aufgaben der Daseinsvorsorge langfristig gut gesichert werden.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Das Gemeindeleben funktioniert nur gut mit dem Engagement und der freiwilligen, ehrenamtlichen Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern. Dazu sollen Sie ausreichende Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten erhalten. Ihre Beteiligung ist besonders wichtig bei den Planungsverfahren.

### GRÜNE INITIATIVEN

Eintragung in die Listen für Volksbegehren auf Landesebene auch außerhalb der Gemeindebehörden ermöglichen und die Eintragsfrist auf 30 Tage verlängern (Drs.15/5296, 10.04.2006);

Quorumshürde bei Bürgerentscheiden wieder beseitigen: (Drs.15/5006, 16.03.2006);

Sitzungen von Entscheidungsgremien gemeindlicher Unternehmen sollen grundsätzlich

einen öffentlichen Teil enthalten. Dazu wollen wir auf Landesebene das Kommunalrecht reformieren und Mustersatzungen anbieten.



### BAYERN, SEINE KOMMUNEN UND DAS GELD

Die Steuereinnahmen des Freistaats wachsen schneller als die der Kommunen, die kommunalen Steuereinnahmen steigen nur in einem Teil der Kommunen, und die Mittel im kommunalen Finanzausgleich stagnieren. Die finanzielle Schere zwischen den Kommunen öffnet sich immer weiter. Finanzieller Handlungsspielraum fehlt gerade denjenigen Kommunen, die die Folgen der demographischen Entwicklung und des wirtschaftlichen Wandels bewältigen sowie überdurchschnittliche Integrationsaufgaben leisten müssen. Der kommunale Finanzausgleich in Bayern wird den Aufgabenanforderungen in den Kommunen

immer weniger gerecht. Bayerische Kommunen erhalten weniger pauschale Mittel als in anderen Bundesländern, dafür sehr differenzierte Investitionszuschüsse. Diese Politik des Goldenen Zügels wird dem Subsidiaritätsprinzip unseres Staatsaufbaus nicht gerecht, ist intransparent und verhindert eine optimale Steuerung der Ausgaben auf kommunaler Ebene.

### WAS IST ZU TUN?

Der Finanzausgleich muss reformiert werden, dazu ist eine fundierte Datenbasis nötig. Wir begrüßen, dass der bayerische Verfassungsgerichtshof dem bislang üblichen alljährlichen Gemauschel zwischen Staatsregierung und Spitzenverbänden einen Riegel vorgeschoben hat und ein transparentes Gesetzgebungsverfahren fordert. Zudem darf der Freistaat seine Aufgaben nicht länger auf die Kommunen abschieben. Das gilt insbesondere beim Ausbau von Krippen und Ganztagschulen, bei der Schulsozialarbeit und der Kostenerstattung an kommunale Schulen für ihren Personalaufwand.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Ihre Kommune soll selbst bestimmen, wofür sie Geld ausgibt. So können Sie direkt mitentscheiden. Kommunale Kulturarbeit, Jugend- und Familienhilfe, Migrations- und Behindertenarbeit können ungekürzt arbeiten. Wenn keine Mittel für Prestigeprojekte wie den Transrapid verschwendet werden, kann der Nah- und Regionalverkehr in der Fläche verbessert werden.

### GRÜNE INITIATIVEN

Haushaltsänderung- und Berichtsanhträge für eine fachlich fundierte Reform des kommunalen Finanzausgleichs in einem transparenten Gesetzgebungsverfahren;  
Anträge gegen Subventionierung von Prestigeprojekten wie Transrapid, Regionalflyghäfen, unsinnige Straßenneubauprojekte, Skilifte und Schneekanonen, für eine Entwicklung der Infrastruktur, die den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns und der Entwicklung seiner Regionen zu gute kommt.

### AUSKUNFTSRECHTE FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Bayerns Bürgerinnen und Bürger brauchen das Recht, Informationen über Verwaltungsvorgänge jeder Art von den Behörden einzuholen. In der Terrorismusdebatte kehrt das Argument immer wieder, wer nichts zu verbergen habe, habe auch nichts zu befürchten. Warum soll dies nur in eine Richtung gelten?

Untertanen gibt es heute nicht mehr – vielmehr wollen selbstbewusste und Steuern zahlende Bürgerinnen und Bürger wissen, was mit ihrem Geld passiert. Dabei geht es nicht nur um böswillige Korruption, sondern auch ganz einfach darum, Verwaltungshandeln nachvollziehbar zu machen. Dieses Recht auf Informationsfreiheit blockiert die CSU auf Landesebene seit Jahren.

Dagegen folgen Stadt- und Gemeinderäte in zunehmendem Maße dem Beispiel anderer Länder sowie des Bundes und bringen kommunale Informationsfreiheits-Satzungen auf den Weg. Eine Überlastung der Behörden durch überbordende Anfragen ist dabei nicht zu erwarten, wie die Erfahrungen anderer Länder zeigen.

### WAS IST ZU TUN?

Wir wollen Informationsfreiheits-Satzungen für Städte und Gemeinden, die den Bürgerinnen und Bürgern ein Recht auf Einsicht in Akten der öffentlichen Verwaltung gewährt.

Wir wollen eine praktikable und moderate Ausgestaltung des Informationsfreiheitsrechts, die sensible Bereiche sowie die Rechte Dritter – d. h. den Daten- und Konkurrentenschutz – berücksichtigt und den verfassungsrechtlichen Schutz des Kernbereichs der Verwaltung erhält.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Mitreden kann nur, wer Bescheid weiß! Der Zugang zu Informationen ist eine wesentliche Voraussetzung, damit Sie Ihre so wichtigen demokratischen Mitwirkungsrechte auch wirklich wahrnehmen können.

Eine frühzeitige Einbindung von Betroffenen und Interessierten ermöglicht es, schwierige Entscheidungen kostengünstiger und zeitsparender umzusetzen. Ihre Bedenken und Ihr Widerspruch als mündige Bürgerinnen und Bürger können so schon vorab berücksichtigt werden.

Die größere Transparenz macht Verwaltungsentscheidungen nicht nur effizienter, sondern erhöht auch ihre Akzeptanz in der Bevölkerung.

### GRÜNE INITIATIVEN

Gesetzesentwurf zur Gewährleistung des freien Zugangs zu amtlichen Informationen im Freistaat Bayern

(Bayerisches Informationsfreiheitsgesetz – BayIFG) (22.3.2001, Drs. 14/6180);

Gesetzesentwurf zur Gewährleistung des freien Zugangs zu amtlichen Informationen im Freistaat Bayern

(Bayerisches Informationsfreiheitsgesetz - BayIFG) (16.1.2006, Drs. 15/4587);

Entwurf einer Informationsfreiheitsatzung des Bündnisses für Informationsfreiheit in Bayern;

Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Stadt Passau

(Informationsfreiheitsatzung) vom 10.8.2007 (vom Verwaltungsausschuss Passau verabschiedet).





### GLEICHE CHANCEN FÜR FRAUEN UND MÄNNER

Die Arbeit im öffentlichen Dienst muss für Frauen und Männer unter Aspekten der Gleichstellung gestaltet werden: Das ist das Ziel des Konzeptes von »Gender Mainstreaming«. Die entsprechende EU-Vorgabe muss auch in Bayern umgesetzt werden. Das Bayerische Gleichstellungsgesetz hat sich als zahnlöser Tiger erwiesen.

### WAS IST ZU TUN?

Der Tiger braucht Zähne: Wir fordern Sanktionen, wenn das Gleichstellungsgesetz verletzt wird, verpflichtende Gleichstellungskonzepte und Gender Mainstreaming als fixiertes organisatorisches Leitprinzip. Wir wollen eine Gleichstellungspolitik, die nicht wie bisher auf Frauenförderung reduziert ist. Und es bedarf einer fundierten, differenzierten Datenerhebung über Erfolge und Defizite.

### GEWALT GEGEN FRAUEN IM SOZIALEN NAHRAUM BEKÄMPFEN

Das derzeitige Hilfsangebot reicht nicht aus: In ganz Bayern gibt es nur 38 staatlich geförderte Frauenhäuser mit 341 Plätzen für misshandelte Frauen, gut 400 Plätze für Kinder sowie 33 Notrufgruppen. Flüchtlingsfrauen, Frauen mit Behinderung, inhaftierte Frauen und Prostituierte sind besonders durch Gewalt gefährdet. In ihrer sehr spezifischen Situation greifen die üblichen Schutz- und Präventionsmaßnahmen oft nicht.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

In Modellprojekten in München, Augsburg und Fürstentfeldbruck hat sich der pro-aktive Beratungsansatz bei Opfern von häuslicher Gewalt bewährt. Wir fordern deshalb, diesen Ansatz bayernweit ausreichend finanziert einzurichten.

In den Beratungsstellen müssen auch Menschen arbeiten, die die Sprachen der betroffenen Frauen beherrschen und interkulturelle Kompetenz mitbringen.

Für ein differenziertes Präventions- und Interventionskonzept sind genauere Untersuchungen notwendig.

Programme, die die Täter einbeziehen und eine niedrige Zugangsschwelle haben, senken – das zeigt die Erfahrung in anderen Ländern – die Rückfallquote von gewalttätigen Partnern.

### GRÜNE INITIATIVEN

Gleichstellung im Öffentlichen Dienst (6.2.2006, Drs. 15/4729);

Maßnahmen zum Schutz von Frauen (25.10.2006, Drs. 15/6584);

Studie über besonders verletzbare Gruppen (25.10.2006, Drs. 15/6585);

Berechnung der Folgekosten in Bayern (25.10.2006, Drs. 15/6586);

Einrichtung von niedrigschwelligen Täterprogrammen (Drs. 15/6587).

### MEHR SCHUTZ, WENIGER STREIT

Die Menschen in Bayern und vor allem die Kinder sollen möglichst wenig elektromagnetischer Strahlung ausgesetzt sein. Die Gemeinden haben bisher nur wenige Möglichkeiten, auf Sendestandorte Einfluss zu nehmen. Da der Bau von Mobilfunkanlagen mit einer Aufbauhöhe von weniger als zehn Metern keiner Genehmigung bedarf, erfährt die Standortgemeinde nicht in jedem Fall von den Planungen der Mobilfunkbetreiber. Es fehlt Transparenz – trotz des »Bayerischen Mobilfunkpakts«.

Selbstverständlich müssen Anlagen genehmigt werden, wenn deren Errichtung und Betrieb den gesetzlichen Vorgaben genügt, hier vor allem den Vorgaben der 26. Bundes-Immissionschutzverordnung und des Bauplanungsrechtes gemäß BauGesetzBuch.

### WAS IST ZU TUN?

Damit die Kommunen mehr Handlungsspielräume bekommen, müssen wir die Bayerische Bauordnung ändern. Mit der von uns geforderten Gesetzesänderung soll die Genehmigungsfreistellung wegfallen, damit würde durch die Verpflichtung zum Bauantrag die Standortgemeinde in jedem Fall über die Planungen der Mobilfunkbetreiber informiert. So wird mehr Transparenz bei Planung und Errichtung von Send- und Empfangsanlagen geschaffen. Bürgermeister, Räte und Anwohner würden damit auch bei niedrigeren Anlagen vorab informiert.

Die CSU behauptet, die Grünen wollten sowieso nur das, was bereits im bayerischen Mobilfunkpakt vorgesehen sei. Wenn die Anlage genehmigungsfähig sei, so die CSU, müsse sie auch genehmigt werden, auch wenn die Öffentlichkeit das unter Umständen nicht gerne sehe.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Mit der öffentlichen Diskussion vor Errichtung der jeweiligen Anlage kann erreicht werden, dass Nachbarschaftskonflikte im Vorfeld entschärft werden, dass weniger belastende Standorte gesucht und gefunden werden und dass mancher Immobilienbesitzer über die öffentliche Problematisierung vom Vorhaben der Verpachtung oder Vermietung seiner Immobilie für Mobilfunkanlagen Abstand nimmt.

### GRÜNE INITIATIVEN

Änderung der Bayerischen Bauordnung: Wegfall der Genehmigungsfreistellung von Mobilfunkanlagen (10.5.2007, Drs. 15/8143);

Landesentwicklungsprogramm: Gesundheitsvorsorge, sparsamer Flächenverbrauch und Schonung des Orts- und Landschaftsbildes bei Mobilfunkanlagen (7.4.2006, Drs. 15/5288);

Gesetzentwurf zur Änderung der Bayerischen Bauordnung (17.3.2004, Drs. 15/658).





### INTEGRATIONSRÄTE – DAMIT ALLE MITBESTIMMEN KÖNNEN

Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Staaten dürfen in ihren Kommunen nicht wählen. Wenn jedoch zehn, zwanzig oder noch mehr Prozent der schon lange hier lebenden Menschen das Wahlrecht verweigert wird, entsteht ein Demokratiedefizit. Deshalb muss das kommunale Wahlrecht erweitert werden. Auch bei Bürgerversammlungen, bei Bürgerwerkstätten, Planungszellen u. a. müssen alle Einwohner einer Gemeinde gleichberechtigte Mitwirkungsmöglichkeiten bekommen.

Damit alle Eingewanderten unabhängig von ihrem derzeitigen Pass partizipieren können, müssen die Kommunen Integrationsräte in Gestalt von Aktionsforen und Quartiersbeiräten bestellen. Dort können alle integrationsrelevanten Fragen vorbehandelt werden.

### WAS IST ZU TUN?

Wir wollen auf kommunaler wie auf Landesebene Integrationsräte zur Interessenvertretung der ausländischen und eingebürgerten Wohnbevölkerung Bayerns einrichten. Sie sollen alle integrationsrelevanten Gesetzesvorhaben vorberaten und eigene Initiativen anstoßen zur Verbesserung der Integration, etwa in der vorschulischen und schulischen Bildung, der Hochschule, der Kultur- und Wirtschaftsförderung, im Sport, der Gesundheitsvorsorge oder Altenpolitik. Der Integrationsrat setzt sich aus mindestens 18 Mitgliedern zusammen, von denen ein Drittel aus dem gewählten Kommunalparlament entsandt wird. Die ausländischen und eingebürgerten Gemeindeangehörigen wählen die weiteren Mitglieder des Integrationsrats in allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl parallel zum Kommunalparlament für eine Amtszeit von sechs Jahren.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Wenn alle Bewohnerinnen und Bewohner an Aktionsforen und Quartiersbeiräten beteiligt werden, sind Programme wie »Soziale Stadt« und »Stadtumbau West« schneller wirksam und deutlich erfolgreicher. Interkulturelle Kompetenz ist in den Institutionen, in der Schule, in der Kinderbetreuung, in der Jugendhilfe, in den Behörden kein Spezialisten-Thema, sondern eine allgemeine Aufgabe, die alle angeht. Integration wird als gemeinsame Aufgabe von Aufnahmegesellschaft und Migranten mit beiderseitigen Rechten und Pflichten verstanden.

### GRÜNE INITIATIVEN

Gesetzentwurf zur Stärkung der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger und der Demokratie in den Kommunen (Drucksache Nr. 15/5006 vom 16.03.2006).

CHRISTINE KAMM

### VERBESSERUNGEN FÜR VIELE STATT TRANSRAPID FÜR WENIGE

Die bayerische Staatsregierung und die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung verschlechtern laufend die Rahmenbedingungen für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV): So wurden ab dem Jahr 2004 die ÖPNV-Zuweisungen, also die Gelder, die die Landkreise und die kreisfreien Städte aus dem Staatshaushalt hauptsächlich für ihre Busverkehre erhalten, um gut 25 Millionen Euro auf knapp 50 Millionen Euro je Jahr gekürzt. Anschließend kürzte die schwarz-rote Bundesregierung drastisch die Regionalisierungsmittel, d.h. die Gelder, die die Länder vorrangig zur Bestellung von Zugkilometern im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und daneben zur Förderung investiver Maßnahmen im gesamten SPNV und ÖPNV erhalten. Für Bayern sind dies 2007 beispielsweise 67 Millionen Euro weniger gegenüber 2006, 2008 sogar 82 Millionen Euro weniger als 2006. Statt wie andere Länder diese Kürzungen aus Landesmitteln auszugleichen, hat die bayerische Regierung darüber hinaus sogar die Busförderung, d.h. die Zuschüsse für die Anschaffung von Bussen für den Linienverkehr, für die nächsten Jahre ausgesetzt. Gleichzeitig werden Nahverkehrsgelder in großer Höhe für Prestigeprojekte wie den Transrapid ausgegeben.



Foto: MVG/SWM, Kerstin Groh

### WAS IST ZU TUN?

Wir wollen den Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel Bus und Bahn und eine bessere Verknüpfung von Regional- und Stadtverkehr. Vom Freistaat fordern wir einen Ausgleich für die gekürzten ÖPNV-Bundesmittel und den Abschied vom Transrapid. Wir werden auch der Privatisierung der Bahn, wie Bund und Bahn AG sie planen, vehement entgegenzutreten. Denn wird das Netz dem Verfügungsbereich der öffentlichen Hand entzogen, drohen massive Beeinträchtigungen des SPNV.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Wo immer Sie in Bayern wohnen, haben Sie ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz, das Sie auch ohne Auto an ihr gewünschtes Ziel bringt. Gleichzeitig werden Umwelt und Klima geschont.

### GRÜNE INITIATIVEN

- Stillstand beenden - Nachtragshaushalt 2007 jetzt! (8.6.2007, Drs. 15/ 8498);
- Änderungsantrag Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (10.10.2006, Drs. 15/6409);
- Abschied vom bayerischen Transrapid-Projekt (17.5.2006, Drs. 15/5547);
- Verkehrszuwachs auf öffentliche Verkehrsmittel verlagern (7.4.2006, Drs. 15/5269);
- Streckenstilllegung und Rückbau bestehender Schieneninfrastruktur verhindern (7.4.2006, Drs. 15/5270);
- Aus- und Neubau des Schienennetzes (7.4.2006, Drs. 15/5291);
- Nachtragshaushaltsplan 2006: Öffentlicher Personennahverkehr (17.3.2007, Drs. 15/5090);
- Kommunale Handlungsfähigkeit sichern, Konnexitätsprinzip umsetzen (18.10.2005, Drs. 15/4112).



### FLÄCHENDECKENDE DASEINSVORSORGE, VERNETZUNG, FLÄCHENSPIAREN

Wir brauchen in Bayern dringend eine Landesentwicklung, die Flächen und Ressourcen spart und die natürlichen Lebensgrundlagen so wenig wie möglich beeinträchtigt. Statt neue Flächen auszuweisen, müssen vorhandene Gewerbe-, Wohnbau- sowie Brachflächen genutzt werden. Die innerörtliche Entwicklung muss Vorrang haben. Gewerbegebiete oder Einzelhandelgroßprojekte dürfen nicht auf der grünen Wiese gebaut werden, denn wenn deren Sortiment mit Geschäften in der Innenstadt konkurriert, bluten die Zentren aus. Wo die wohnortnahe Versorgung verschwindet, wachsen zwangsläufig Autoverkehr, Flächen-

fraß und Bodenversiegelung – nicht zuletzt gehen Arbeitsplätze verloren.

Die demographische Entwicklung ist in den Köpfen der CSU noch nicht angekommen. Im aktuellen Landesentwicklungsprogramm (2006) wird nicht berücksichtigt, dass in einigen bayerischen Kreisen die Bevölkerung bis zum Jahr 2025 um über 15% zurückgeht.

#### WAS IST ZU TUN?

Wir fordern neue Konzepte, die an die Stärken der Regionen anknüpfen und sie entwickeln. Wir setzen auf Eigenverantwortung, Bildung, Kinderfreundlichkeit, Vernetzung. Wir wollen eine flächendeckende Versorgung mit Schulen, eine ausreichende ärztliche Versorgung, genügend Betreuungsangebote sowohl für Kinder als auch für ältere Menschen, den Erhalt und Ausbau des ÖPNV und eine Anbindung an schnelle Datennetze.

Die Gemeinden in Bayern müssen sich so entwickeln können, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger lebenswert sind – sonst droht insbesondere in den ländlichen Gemeinden eine noch größere Abwanderung. Es müssen gemeindeübergreifende, regional abgestimmte Gewerbeflächenkonzepte entwickelt werden, die dem Flächenfraß rationale Kriterien gegenüberstellen.

#### UND WAS HABEN SIE DAVON?

»Weiche« Standortfaktoren beeinflussen nicht nur die Lebensqualität der Menschen entscheidend. Bildung, Frauenförderung, Kinderfreundlichkeit, Umwelt- und Naturschutz wirken sich positiv auch auf wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze aus. Auch eine konsequente Klimaschutzpolitik bringt mehr Arbeitsplätze.

#### GRÜNE INITIATIVEN

Angepasste Nahversorgungskonzepte entwickeln – Impulse für den Ländlichen Raum (29.3.007, Drs. 15/7907);

Landesentwicklungsprogramm: Demographische Entwicklung berücksichtigen (7.4.2006, Drs. 15/5293);

Keine Großmärkte auf der Grünen Wiese (7.4.2006, Drs. 15/5278);

Schulversorgung in Bayern sichern (7.4.2006, Drs. 15/5275);

Stopp dem Flächenverbrauch (7.4.2006, Drs. 15/5272);

Vorrang für Eltern und Kinder (7.4.2006, Drs. 15/5266);

Vorrang für nachhaltige Siedlungsentwicklung (7.4.2006, Drs. 15/5265).

### ÄRZTE UND KRANKENHÄUSER – FÜR ALLE VERFÜGBAR

Gesundheit ist das wichtigste Gut jedes Menschen. Prävention, Behandlung und Rehabilitation müssen wohnortnah und in hervorragender Qualität zur Verfügung stehen. Sie dürfen keine Frage der sozialen Lage, des Lebens in der Stadt oder auf dem Land sein. Krankenhäuser, Ärztehäuser oder Einzelpraxen von Allgemein- oder Fachärzten müssen flächendeckend in ganz Bayern vorhanden sein. Staatliche Zuschüsse müssen sicherstellen, dass die Qualität der Krankenhäuser dem Stand der Zeit entspricht und keine notwendige Investition aufgeschoben wird. Pflegekräfte, Fachkräfte, Ärztinnen und Ärzte müssen in ausreichender Zahl und Qualität ausgebildet werden, damit kein Mangel herrscht. Insbesondere bei Hausärzten ist durch die Altersverteilung und den Nachwuchsmangel bereits jetzt klar, dass Praxen im ländlichen Raum verwaisen werden. Viele Krankenhäuser drohen unter dem Kosten- und Modernisierungsdruck zusammenzuberechnen, werden privatisiert oder geschlossen. Die Krankenhäuser selbst haben zunehmend Schwierigkeiten, frei werdende Stellen wieder mit Ärztinnen und Ärzten zu besetzen. Pflegekräfte hoffen darauf, dass wieder mehr Menschlichkeit in der Pflege möglich ist. Jeder Mensch hat das Recht auf menschenwürdiges Sterben unter Begleitung, schmerzfrei und in angenehmer Umgebung, ob privat oder in einem Hospiz.



### WAS IST ZU TUN?

Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern gleichen Zugang zu einer hervorragenden medizinischen Grundversorgung haben. Der Freistaat darf seine Förderung der Krankenhäuser nicht aufgeben und muss verhindern, dass Krankenhäuser aus der Fläche verschwinden. Krankenhäuser müssen als Teil der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben.

Nur die Sicherstellung und Verbesserung der hausärztlichen Versorgungsqualität, ein flächendeckendes Netz des fachärztlichen Angebotes und die Förderung von Ärztehäusern können die medizinische Versorgung garantieren. Der Ausbau des Hospizwesens ist voranzutreiben, Hospizvereine und ihre ehrenamtliche Arbeit sind zu unterstützen.

Sans Papiers (Menschen ohne Papiere) darf nicht weiterhin der Weg zu medizinischer Hilfe versperrt sein, weil die Ärzte einer Meldepflicht unterliegen.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Die Menschen in Bayern werden überall wohnortnah für ihre Gesundheit sorgen können, was ein erheblicher Beitrag zur Lebensqualität ist. Besonders für alte Menschen und Familien mit Kindern ist das äußerst wichtig. Der kurze und schnelle Weg ist oft entscheidend für die erfolgreiche Behandlung akuter Probleme. Nur mit einem funktionierenden Gesundheitssystem bleibt die Attraktivität der Kommunen erhalten.

### GRÜNE INITIATIVEN

27.09.2006 Antrag (Drucksache 6431) Institut für Versorgungsforschung;

01.02.2007 Antragspaket (Drucksache 7367 – 7370) Reform des Bayerischen Leichenschauwesens;

18.07.2007 Dringlichkeitsantrag (Drucksache 8674) Auslaufmodell Hausarzt.

RENATE ACKERMANN



### FÜR EIN BLÜHENDES KULTURLEBEN ÜBERALL

Grüne Kulturpolitik nimmt die ganze Palette der Lebens- und Ausdrucksformen in den Blick: ob Kinder- und Jugendkultur, Kultur von Frauen, interkulturelle Arbeit, Soziokultur, Medienkunst oder Kleinkunst. Die kulturelle Vielfalt Bayerns erschöpft sich nicht in Hochkultur, Traditionspflege und Folklore, Kulturpolitik darf sich deshalb nicht darauf beschränken.

Kulturpolitischer Schwerpunkt ist auch der Denkmalschutz, denn der kulturelle Reichtum Bayerns entsteht aus seiner Vielfalt, die wir schützen und erhalten wollen.

### WAS IST ZU TUN?

Kulturarbeit braucht eine stabile Finanzierung. Wir wollen deshalb die Landesförderung reformieren und die Mittel transparent und unter echter Beteiligung von Kulturschaffenden vergeben. Die direkte Förderung von Kreativen wollen wir gegenüber der Förderung von Institutionen ausbauen.

Kulturinstitutionen sollen sich in größerer Autonomie zu modernen, transparent und effizient arbeitenden Kulturbetrieben entwickeln können. Dafür brauchen sie gemeinsame Leitbilder, gute Kommunikationswege, stabile Finanzierungsgrundlagen und fördernde staatliche Rahmenbedingungen. Erinnerungskultur ist ein Schwerpunkt unserer Kulturpolitik. Wer die Erfahrungen der jüngsten deutschen Geschichte verinnerlicht hat, weiß die Kostbarkeit des Rechtsstaats und die Sicherung der Menschenwürde wirklich zu schätzen. Alle Anstrengungen auf diesem Gebiet dienen zugleich dem Zweck, rechtsextremistischem Denken wie Handeln entgegenzuwirken.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Kultur ist identitäts- und friedensstiftend und trägt zu einem verträglichen und toleranten Miteinander in den Städten und Gemeinden bei. Ein lebendiges Kulturleben verbindet die Menschen, erhält Wertvolles und schafft neue Bildungschancen und -interessen. Es macht Ihnen Freude, und es wirkt attraktiv auf Unternehmen, die sich ansiedeln wollen.

### GRÜNE INITIATIVEN

Erinnerungskultur und Arbeit der KZ- und NS-Dokumentationsstätten besser auszustatten

(Drs. 15/8381, 20.06.07, und Drs. 15/7544, 19.02.07);

»Bibliothek der verbrannten Bücher« für Bayern sichern (Drs. 15/5685, 1.06.2006);

Mittel für Denkmalpflege erhöhen, Haushaltssperren aufheben

(Drs. 15/5092, 17.03.06; Drs. 15/6458, 17.10.06; Drs. 15/6740, 8.11.06; Drs. 15/8508, 28.06.07);

Donau zwischen Straubing und Vilshofen Weltkultur- und Naturerbe (Drs. 15/4187, 28.10.05);

Kommunale und private Musikschulen besser fördern (Drs. 15/8193, 14.06.07; Drs. 15/8504, 28.6.07).

### FÜR EINE ZUKUNFTSORIENTIERTE AGRARWENDE

Die Agrarwende, die von der ehemaligen Agrarministerin Renate Künast eingeleitet wurde, soll dem Ökolandbau in Deutschland endlich faire Chancen einräumen. Der erhöhte Aufwand bei der Produktion muss endlich ausreichend honoriert werden, denn die positiven Wirkungen des Ökolandbaus auf Wasser, Boden, Natur und Klima sind klar belegt.

Die Verbraucher haben seine Vorzüge längst erkannt. Der Umsatz von Ökoprodukten wächst zweistellig. Dem steht aber leider keine höhere Produktion von Ökolebensmitteln in Bayern gegenüber, weil die politischen Rahmenbedingungen den Anbau hemmen. Die Flächenprämien für den Ökolandbau wurden 2007 in Bayern sogar gekürzt, obwohl die landwirtschaftliche Fläche mit 4,4 % unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Bayerische Molkereien, die händeringend Biomilch suchen, müssen ihren Bedarf in Österreich decken. Während Landesregierungen in Österreich den Ökolandbau unterstützen, indem Kantinen und Großküchen Öko-kost zubereiten, blockiert die bayerische Staatsregierung aus falsch verstandener Rücksicht auf die industriell betriebene Landwirtschaft.



### WAS IST ZU TUN?

Wir fordern mehr Unterstützung durch die Staatsregierung für den Ökolandbau.

Die europäische Wasserrahmenrichtlinie fordert Grundwasser mit niedriger Nitrat- oder Pestizid-Belastung. Das ist mit dem Ökolandbau zu erreichen – viele kommunale Wasserwerke setzen deshalb schon auf eine ökologische Bewirtschaftung ihrer Wasserschutzgebiete.

Bei der Verpflegung in Kindergärten, Schulen, Altenheimen, Kantinen usw. müssen kommunale Einrichtungen ökologisches Vorbild sein.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Wenn Sie den Einsatz von Pestiziden und Gentechnik und den mangelhaften Tierschutz in der Agro-Industrie nicht mehr akzeptieren, brauchen Sie ein reichhaltiges Angebot aus ökologischem Landbau.

Vor allem für Ihre Kinder ist der Ökolandbau wichtig. Er fördert das Bewusstsein für eine gesunde Ernährung. In der Schule sollen die Kinder ernährungsphysiologisch sinnvolle und gesunde Lebensmittel bekommen.

Auch beim Klimaschutz spielt die Landwirtschaft eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Der ökologische Landbau baut Humus auf und erzeugt dadurch Kohlendioxid-Senken. Er verzichtet auf energieintensive Pestizide und Mineraldünger – mit deutlichen Vorteilen gegenüber der konventionellen Wirtschaftsweise.

### GRÜNE INITIATIVEN

Gesunde Getränke in Bayerns Schulen (11.11.2004, Drs. 15/2051);

Maßnahmen gegen die Nitratbelastung des Trinkwassers (17.3.2005, Drs. 15/3035);

Bericht über die Pestizidbelastung in Obst und Gemüse (29.11.2005, Drs. 15/4369);

Gesunde Pausenverpflegung am Schulkiosk (9.2.2006, Drs. 15/4743);

Klimaschutz durch ökologischen Anbau (14.2.2007, Drs. 15/7486);



### AGRO-GENTECHNIK UNERWÜNSCHT!

Sowohl die bayerische Bevölkerung als auch die Landwirte und der bayerische Bauernverband lehnen die kommerzielle Nutzung der Agro-Gentechnik mit deutlicher Mehrheit ab. Trotzdem beharrt die Staatsregierung darauf, sie in Bayern hoffähig zu machen. Wie in kaum einem anderen Bundesland unterstützt die Regierung die Forschung und den Versuchsanbau gentechnisch veränderter Pflanzen und ignoriert dabei die Risiken. In

Bayern mit seiner kleinteiligen Agrarstruktur wird die schleichende Verunreinigung mit Gentechnik von der Staatsregierung billigend in Kauf genommen. Da die Staatsregierung erkannt hat, dass im Lebensmittelbereich für Agro-Gentechnik keine Akzeptanz zu erzielen ist, setzt man jetzt auf Industriekartoffeln oder Mais für Biogasanlagen. Bisher spielt der Anbau mit knapp 6 ha Genmais im Jahr 2007 in Bayern keine Rolle. Das liegt auch am strikten Haftungsrecht, das die ehemalige grüne Agrarministerin Renate Künast eingeführt hat. Der CSU-Agrarminister Seehofer wollte es abschaffen, scheiterte aber bisher am massiven Widerstand der Bevölkerung und der Verbände. Deshalb setzt man jetzt auf den klammheimlichen Einzug der Gentechnik.

### WAS IST ZU TUN?

Wir wollen, dass Bayern gentechnikfrei bleibt. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger wehren sich gegen die staatlich verordnete Agrarhilfe für Multis wie Monsanto, Pioneer, Bayer etc. und gründen gentechnikfreie Regionen. Insgesamt 48 gentechnikfreie Regionen gibt es inzwischen in Bayern. Sie sollen mehr werden!

Bisher gibt es kein überzeugendes Gentechnik-Agrarprodukt, das die Risiken eines Anbaus für Mensch und Natur rechtfertigen würde. Will aber eine Gemeinde ihre Flächen nur an gentechnikfrei wirtschaftende Pächter vergeben, ist ihr ein Verbot des bayerischen Innenministeriums sicher. Trotzdem bekennen sich inzwischen viele Kommunen klar zum Verzicht auf die Agro-Gentechnik und zur Unterstützung der gentechnikfrei wirtschaftenden Bauern. Wir wollen sie darin bestärken. Und wir wollen, dass die staatliche Lebensmittelkontrolle wirksam gegen die fehlende Kennzeichnung von gentechnikhaltigen Sojaölen in der Gastronomie vorgeht.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Nur wenn bayerische Landwirte ihre Erzeugnisse ohne die unfaire Konkurrenz von gentechnisch veränderten Produkten anbieten können, erhalten Sie weiterhin die hohe Qualität regional erzeugter Lebensmittel.

Der ökologische Landbau und die Imkerei haben in Bayern die günstigsten Zukunftsprognosen. Ihre Existenz darf nicht durch den Gen-Anbau leichtfertig auf's Spiel gesetzt werden.

### GRÜNE INITIATIVEN

Gentechnikfreies Bayern (28.11.2003, Drs. 15/80);

Gentechnikfreie Futtermittel (17.3.2005, Drs. 15/3030);

Sicherung der gentechnikfreien Regionen (27.6.2006, Drs. 15/5792);

Gentechnik-Kennzeichnung in bayerischen Gaststätten und Kantinen (30.5.2007, Drs. 15/8115);

Abbruch des Genmais-Anbaus in Bayern (9.5.2007, Drs. 15/8128);

Grenzwert für gentechnikfreies Saatgut (12.7.2007, Drs. 15/8661).

### DATENNETZE FÜR GANZ BAYERN!

Als zentralen Beitrag zur Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert brauchen die Menschen in Bayern einen flächendeckenden Ausbau des schnellen Internet-Zugangs mit hoher Übertragungskapazität. Heute gehört zu den Grundbedürfnissen von Kommunikation und Information ein überall verfügbarer, komfortabler Zugang zum Internet. Es ist zum Standard geworden wie Telefon- und Fernsehanschlüsse. Langsame Übertragungsmöglichkeiten wie ISDN-Anschlüsse reichen nicht mehr aus.

Dies gilt einerseits für die privaten Haushalte in Bayern – vor allem aber machen viele Unternehmen ihre Standortentscheidung nicht mehr nur vom Angebot an klassischer Infrastruktur wie Gewerbeflächen und Verkehrsanbindung abhängig, sondern auch von der Verfügbarkeit eines schnellen Internetzugangs. Sie benötigen einen Breitbandanschluss, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Gemeinden, die keine Breitbandversorgung anbieten können, haben deutliche Wettbewerbsnachteile.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, wenn Kommunen im ländlichen Raum protestieren, weil sich die CSU-Staatsregierung ihrer Verpflichtung zu einem flächendeckenden Ausbau verweigert. Es verstößt auch gegen den Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebensverhältnisse, wenn die Staatsregierung ihre eigene Verantwortung für die weißen Flecken im bayerischen Datennetz auf die Kommunen abschiebt. Denn gerade in den dünn besiedelten ländlichen Gemeinden, die in aller Regel besonders finanzschwach sind, ist eine vollständige Erschließung besonders kostspielig.

Jahrelang hat die CSU unter Wirtschaftsminister Huber eine Finanzierung durch Mittel aus dem Staatshaushalt abgelehnt – nun endlich wirkt der Druck von Kommunen und uns Grünen. Die Staatsregierung stellt Mittel zur Verfügung – angesichts des großen Handlungsdrucks und der enormen Kosten reichen diese aber bei Weitem nicht aus.

### WAS IST ZU TUN?

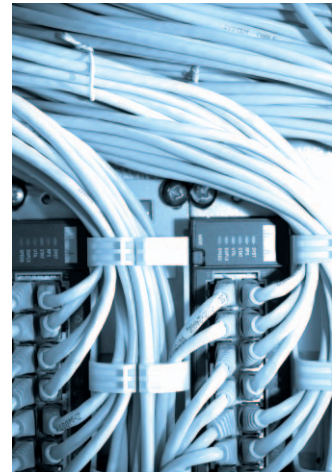
Um auch im ländlichen Raum in Bayern gleiche Wettbewerbsbedingungen und Lebensqualität zu gewährleisten, braucht es eine flächendeckende Breitbandversorgung. Aus dem Staatshaushalt müssen dafür ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um einen raschen Ausbau sicherzustellen.

### UND WAS HABEN SIE DAVON?

Sie können die medialen Angebote auch außerhalb der Großstädte nutzen und weltweit nach Ihren Vorstellungen kommunizieren. Möglicherweise rückt Ihr Arbeitsplatz sehr viel näher, und Ihre Gemeinde profitiert durch die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze.

### GRÜNE INITIATIVEN

Breitbandzugang fürs ganze Land – Impulse für den ländlichen Raum (29.3.2007, Drs. 15/7905);  
Haushaltsplan 2007/2008: Förderung des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur (8.11.2006, Drs. 15/6701).



# DIE GRÜNEN ABGEORDNETEN IM BAYERISCHEN LANDTAG



## MARGARETE BAUSE

FRAKTIONSVORSITZENDE

Telefon 089/41 26-26 59, -26 83

Fax 089/41 26-14 94

E-Mail [margarete.bause@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:margarete.bause@gruene-fraktion-bayern.de)  
[www.margarete-bause.de](http://www.margarete-bause.de)



## DR. SEPP DÜRR

FRAKTIONSVORSITZENDER

Telefon 089/41 26-27 33

Fax 089/41 26-14 94

E-Mail [sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de)

REGIONALBÜRO:

Tel. 089/84 05 82 22

Fax 089/84 05 82 24

[www.sepp-duerr.de](http://www.sepp-duerr.de)



## MARIA SCHARFENBERG

EINGABEN UND BESCHWERDEN,  
PARLAMENTARISCHE  
GESCHÄFTSFÜHRERIN

Telefon 089/41 26-23 35

Fax 089/41 26-13 35

E-Mail [muenchen@maria-scharfenberg.de](mailto:muenchen@maria-scharfenberg.de)

BÜRO REGENSBURG:

Tel. 09 41/56 16 62

Fax 09 41/56 16 63

E-Mail [regensburg@maria-scharfenberg.de](mailto:regensburg@maria-scharfenberg.de)

BÜRO WEIDEN:

Tel. und Fax 09 61/470 16 66

E-Mail [weiden@maria-scharfenberg.de](mailto:weiden@maria-scharfenberg.de)

[www.maria-scharfenberg.de](http://www.maria-scharfenberg.de)



## RENATE ACKERMANN

SOZIALES, GESUNDHEIT,  
ASYL, MIGRATION

Telefon 089/41 26-24 13

Fax 089/41 26-11 35

E-Mail [renate.ackermann@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:renate.ackermann@gruene-fraktion-bayern.de)

REGIONALBÜRO:

Tel. 09 81/466 31 01

Fax 09 81/466 31 02

[www.renate-ackermann.de](http://www.renate-ackermann.de)



## ULRIKE GOTE

HOCHSCHULE, FORSCHUNG,  
KULTUR, MEDIEN,  
KIRCHENPOLITIK

Telefon 089/41 26-26 48

Fax 089/41 26-16 48

E-Mail [ulrike.gote@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:ulrike.gote@gruene-fraktion-bayern.de)

REGIONALBÜRO:

Tel. 09 21/471 72

Fax 09 21/471 73

[www.ulrike-gote.de](http://www.ulrike-gote.de)

# DIE GRÜNEN ABGEORDNETEN IM BAYERISCHEN LANDTAG



## EIKE HALLITZKY

STAATSHAUSHALT,  
FINANZFRAGEN, ARBEITSMARKT

Telefon 089/41 26-25 42

Fax 089/41 26-17 76

E-Mail [eike.hallitzky@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:eike.hallitzky@gruene-fraktion-bayern.de)

### REGIONALBÜRO:

Tel. 08 51/49 09 52 60

Fax 08 51/49 09 52 62

E-Mail [buer0@eike-hallitzky.de](mailto:buer0@eike-hallitzky.de)

[www.eike-hallitzky.de](http://www.eike-hallitzky.de)



## CHRISTINE KAMM

KOMMUNALPOLITIK, INNERE  
SICHERHEIT, WOHNUNGSPOLITIK,  
MITGLIED IM LANDTAGSPRÄSIDIUM

Telefon 089/41 26-28 74

Fax 089/41 26-18 74

E-Mail [christine.kamm@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:christine.kamm@gruene-fraktion-bayern.de)

### REGIONALBÜRO:

Tel. 08 21/51 67 79

Fax 08 21/51 67 74

[www.christine-kamm.de](http://www.christine-kamm.de)



## DR. CHRISTIAN MAGERL

INFRASTRUKTUR, VERKEHR,  
TECHNOLOGIE, FORST

Telefon 089/41 26-27 61

Fax 089/41 26-11 35

E-Mail [christian.magerl@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:christian.magerl@gruene-fraktion-bayern.de)

[www.christian-magerl.de](http://www.christian-magerl.de)



## THOMAS MÜTZE

FINANZEN,  
STAATSHAUSHALT,  
JUGENDPOLITIK

Telefon 089/41 26-24 51

Fax 089/41 26-17 76

E-Mail [thomas.muetze@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:thomas.muetze@gruene-fraktion-bayern.de)

### REGIONALBÜRO:

Tel. 060 21/451 04 50

Fax 060 21/451 04 51

[www.thomas-muetze.de](http://www.thomas-muetze.de)



## RUTH PAULIG

UMWELT, ENERGIE

Telefon 089/41 26-27 35

Fax 089/41 26-14 94

E-Mail [ruth.paulig@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:ruth.paulig@gruene-fraktion-bayern.de)

### REGIONALBÜRO:

Tel. 081 52/92 56 38

Fax 081 52/92 56 39

E-Mail [ruth.paulig@web.de](mailto:ruth.paulig@web.de)

[www.ruth-paulig.de](http://www.ruth-paulig.de)

# DIE GRÜNEN ABGEORDNETEN IM BAYERISCHEN LANDTAG



## DR. MARTIN RUNGE

WIRTSCHAFTSPOLITIK, VORSITZENDER  
DES AUSSCHUSSES FÜR BUNDES-  
UND EUROPA-ANGELEGENHEITEN

Telefon 089/41 26-27 53

Fax 089/41 26-11 35

E-Mail martin.runge@  
gruene-fraktion-bayern.de

### REGIONALBÜRO:

Tel. 081 42/59 71 51

Fax 081 42/59 71 53

[www.martin-runge.info](http://www.martin-runge.info)



## BARBARA RÜTTING

ERNÄHRUNG, VERBRAUCHER-  
UND TIERSCHUTZ

Telefon 089/41 26-26 68

Fax 089/41 26-16 68

E-Mail barbara.ruetting@  
gruene-fraktion-bayern.de

### REGIONALBÜRO:

Tel. 080 51/961 76 58

Fax 080 51/80 60 77

[www.barbara-ruetting.de](http://www.barbara-ruetting.de)



## ADI SPRINKART

LANDWIRTSCHAFT,  
ÖFFENTLICHER DIENST

Telefon 089/41 26-23 59

Fax 089/41 26-17 76

E-Mail adi.sprinkart@  
gruene-fraktion-bayern.de

### REGIONALBÜRO:

Tel. 083 79/70 80

Fax 083 79/806

mobil 01 71/335 84 09

E-Mail adi.sprinkart@t-online.de

[www.adi-sprinkart.de](http://www.adi-sprinkart.de)



## CHRISTINE STAHL

RECHTSPOLITIK, DATENSCHUTZ

Telefon 089/41 26-25 80

Fax 089/41 26-14 94

E-Mail christine.stahl@  
gruene-fraktion-bayern.de

### REGIONALBÜRO:

Tel. 09 11/587 39 74

Fax 09 11/539 42 30



## SIMONE TOLLE

BILDUNG, FRAUEN, SPORT

Telefon 089/41 26-25 74

Fax 089/41 26-14 94

E-Mail simone.tolle@  
gruene-fraktion-bayern.de

### REGIONALBÜRO:

Tel. 093 53/90 64 37

Fax 093 53/90 64 38

[www.tolle-simone.de](http://www.tolle-simone.de)

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

**DIE GRÜNEN IM BAYERISCHEN LANDTAG**

Maximilianeum, 81627 München

**HAUSANSCHRIFT:**

Max-Planck-Straße 1, 81675 München

**Tel.** 089/41 26-27 28 oder -24 93

**Fax:** 089/41 26-14 94

**E-Mail** [info@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:info@gruene-fraktion-bayern.de)

**Internet** [www.gruene-fraktion-bayern.de](http://www.gruene-fraktion-bayern.de)

**TEXTBEARBEITUNG** Dagmar Boedicker

**BILDMATERIAL** Shutterstock, BMU, MVG, Fraktion

**GRAFIK** Conz Walter Partner

**REDAKTION** Volker Schäfer

**V.i.S.d.P.** Dr. Sepp Dürr, Fraktionsvorsitzender

Gedruckt auf 100 %-Recycling-Papier Resystar



**Die Grünen**

im Bayerischen  
Landtag

